

Druck auf Doris Leuthard steigt

Die Energieministerin verzögert den Atomausstieg – Parteien wollen den Bundesrat zu einem Entscheid zwingen

VON DENIS VON BURG UND
PASCAL TISCHHAUSER

BERN Am 25. Mai trifft sich der Bundesrat zu einer Klausursitzung. Haupttraktandum: die energiepolitische Zukunft der Schweiz. Eigentlich gäbe es eine Mehrheit für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie. Simonetta Sommaruga ist eine Atomgegnerin. Micheline Calmy-Rey und Johann Schneider-Ammann bekennen sich zum Ausstieg. Auch Didier Burkhalter soll dafür sein. Erstmals bestätigt Eveline Widmer-Schlumpf Spekulationen über ihren Ausstiegswillen (siehe Interview Seite 5).

Doch die für das Dossier zuständige Energieministerin, CVP-Bundesrätin Doris Leuthard, zögert, Nägel mit Köpfen zu machen. Im Gegenteil, es gibt Indizien dafür, dass Leuthard den Entscheid hinausschieben will. Statt, wie in parlamentarischen Vorstössen gefordert, eine Ausstiegsvorlage vorzulegen, versucht sie offenbar, auf Zeit zu spielen. Es gebe Hinweise darauf, «dass Leuthard der Atomindustrie entgegenkommen und mit dem Entscheid warten will, bis Fukushima wieder etwas vergessen ist und die Chancen für ein neues AKW wieder steigen», sagt SP-Präsident Christian Levrat.

Leuthard wolle, so wird kolportiert, dem Bundesrat im Mai nur eine Auslegeordnung vorlegen. Später sollen dann die Energieunternehmen neue Rahmenbewilligungsgesuche für neue AKW einreichen dürfen. Und die Frage nach der Zukunft der Atomenergie in der Schweiz soll erst in einigen Jahren anhand dieser Bewilligungsverfahren gefällt werden – nötigenfalls in einer Volksabstimmung. Deshalb machen die ausstiegswilligen Parteien SP, Grüne,



AKW Gösgen: Die Energiepolitik soll zum zentralen Thema der Von-Wattenwyl-Gespräche werden FOTO: T. WÜTHRICH/PIXSIL

Das Atomkraftwerk Mühleberg bleibt vorläufig am Netz

Laut Atomaufsicht liefert die Überprüfung der Sicherheitsberichte der AKW-Betreiber keinen Grund für eine Abschaltung von AKW.

Hans Wanner, der Direktor der Atomaufsichtsbehörde Ensi, sagte der SonntagsZeitung gestern, «die Sicherheitsüberprüfung ist ein rollender Prozess. Bislang hat die Über-

prüfung der eingeforderten Sicherheitsberichte nichts ergeben, was zu einer Abschaltung eines Kernkraftwerks führen müsste.» Die Analyse sei aber weiter im Gang. Über neue Forderungen, die das Ensi aufgrund der Berichte erheben könnte, informiere man am kommenden Donnerstag. Wanner wagt keine Prognose, ob alle Betreiber die

bestehenden Forderungen erfüllen können. Per 1. Juni müssen sie Zugang zu einem externen überflutungs- und erdbebensicheren Lager für Notstromaggregate und Pumpen haben. Falls die AKW-Betreiber Sicherheitsmängel ausgemacht haben, müssen sie bis Ende August darlegen, wie sie diese beseitigen.

Grünliberale, CVP und BDP jetzt Druck auf Leuthard. Sie haben durchgesetzt, dass die Energiepolitik zum zentralen Thema der Von-Wattenwyl-Gespräche der Regierungsparteien mit dem Bundesrat nächsten Freitag erhoben wird. Insbesondere sollen zwei Motionen thematisiert werden, die einen Ausstiegsentscheid verlangen. Dazu ist Leuthard zumindest bereit, bestätigt ihr Departement.

Mehrere Parteien fordern einen schnellen Entscheid

Das reicht den Parteien nicht. Sie verlangen im Hinblick auf die Atomdebatte in der Sommersession eine konkrete Ausstiegsvorlage. Allen voran Leuthards CVP, die in Wahlen und Umfragen an sich grün gebende Parteien verliert, macht Druck.

CVP-Chef Darbellay sagt: «Ich erwarte vom Bundesrat, dass er dem Parlament ein Ausstiegsszenario vorlegt, das Konsequenzen und Massnahmen aufzeigt. Energieministerin Leuthard ist hochkompetent, sie weiss, dass die Welt nach Fukushima nicht mehr dieselbe ist.» Ein Wink mit dem Zaunpfahl an seine Bundesrätin.

SP-Chef Levrat will ein «Ausstiegsgesetz, in dem zum Beispiel im Kernenergiegesetz der Bau neuer Kernkraftwerke verboten würde». Martin Bäumle und Hans Grunder, die Parteichefs von Grünliberalen und BDP, sagen: «Wir brauchen noch vor der Junisession einen Grundsatzentscheid für den Ausstieg.» Man dürfe nicht wie nach Tschernobyl warten, damit neue AKW wieder möglich würden.

Geschlossen ist die Parteienfront indes nicht. FDP-Chef Pelli will noch weitere Abklärungen, und die SVP hat sich gar nie für einen Ausstieg ausgesprochen.

Chefprüfer liess sich von AKW-Konzernen zahlen

Kraftwerkbetreiber offerierten Nuklearprüfern bezahlte Mandate – GPK-Präsidentin Roth-Bernasconi kritisiert den Bundesrat und droht mit einer Untersuchung

BERN Peter Hufschmied, Chef der Schweizer AKW-Prüfer, liess sich dieses Jahr von einer Tochterfirma der Mühleberg-Betreiberin BKW für ein Beratermandat bezahlen. Er hat seine Kommission – entgegen den Regeln – nicht darüber informiert.

Die Firma Sol-E Suisse, für die Hufschmied arbeitete, ist eine 100-prozentige BKW-Tochtergesellschaft. Hufschmied war dort im Bereich erneuerbare Energie tätig. Pikant: Der Präsident des Ensi-Rats nahm das Engagement an, obwohl ihm der Rat vor zwei Jahren ein gleiches Mandat untersagt hatte. Auch damals wollte er sich als Berater im Bereich erneuerbare Energie von der BKW bezahlen lassen. «Unser Gremium hat es als nicht opportun erachtet, einen solchen Auftrag anzunehmen», bestätigt Anne Eckhard, Vizepräsidentin des Ensi-Rates. Für Eckhard selber ist klar: «Ich arbeite nie für einen Kernkraftwerkbetreiber oder eine Organisation, die einem Betreiber nahesteht.»

Nach Informationen der SonntagsZeitung hat Hufschmied vor

zwei Jahren trotz des damaligen Ratsentscheides für Sol-E Suisse gearbeitet. Das Mandat vor zwei Monaten hat er dem Rat schon gar nicht zur Begutachtung vorgelegt – wohl aus Angst vor einer weiteren Ablehnung.

«Ich kann mich an die Diskussion vor zwei Jahren nicht erinnern», sagt Hufschmied. Das Gesetz erlaube ihm eine solche Tätigkeit aber. Zudem seien die Mitglieder der Milizkommission auf eine zusätzliche Erwerbstätigkeit angewiesen. Letzte Woche machte die SonntagsZeitung publik, dass die BKW in Hufschmieds Tropenhaus-Projekt mehrere Millionen investiert hatte.

Belege der SonntagsZeitung zeigen zudem, dass die AKW-Betreiber wiederholt versuchten, die obersten AKW-Prüfer «anzufüttern». Die Planungsgesellschaft Resun, die für die Energiekonzerne Alpiq, Axpo und BKW in der Schweiz zwei neue AKW bauen wollte, versuchte vor wenigen Monaten, einen Beratervertrag mit Horst-Michael Prasser abzuschliessen. Prasser ist Professor für Kernenergiesysteme an der

ETH Zürich und sitzt im Ensi-Rat. Seit einiger Zeit steht er in der Kritik, weil sein Lehrstuhl von Swissnuclear finanziert wird, einer Fachgruppe der Energiekonzerne. Er sollte für Resun Expertisen für die neuen AKW erstellen – das Ensi ist gleichzeitig zuständig für die Bewilligung neuer Werke.

«In dieser Position kann man sich nichts erlauben»

Prasser hat das Angebot nicht sogleich ausgeschlagen. Er war unsicher und konfrontierte die Ratskollegen mit der Offerte. So steht es im Protokoll des Ensi-Rates vom 25. August 2010, in das die SonntagsZeitung unter Berufung auf das Öffentlichkeitsgesetz Einblick nahm. Vom Ensi-Rat und der Ensi-Geschäftsleitung kam dann eine klare Antwort: Die Kollegen erachteten das Ansinnen Prassers und der AKW-Betreiber «als heikel». Sie sahen hier «einen echten Interessenkonflikt». Es sei nicht auszuschliessen, «dass es die Absicht der Resun ist, das Ensi über den Vertrag in eine gewisse Richtung zu verpflichten».

Auch die Beznau-Betreiberin Axpo versuchte, einen Ensi-Ratsexperten einzukaufen. Hans-Jürgen Pfeiffer bestätigt, dass ihm der Kraftwerkkonzern 2009 einen Auftrag offeriert habe. Dabei ging es um die Sanierung von radioaktiv verseuchtem Kies in der Aare. «Ich habe sofort abgelehnt», sagt Pfeiffer. Und: «In dieser Position kann man sich nichts erlauben, was den Anschein von Befangenheit macht.»

Die Vorgänge im Ensi-Rat rufen Politiker, unter anderem CVP-Chef Christophe Darbellay, auf den Plan (siehe rechts). Die Präsidentin der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK), Maria Roth-Bernasconi, ist alarmiert: «Wenn die Vorwürfe gegen Herrn Hufschmied zutreffen, bestünde eine unrechtmässige Abhängigkeit zwischen dem Ensi-Ratspräsidenten und der BKW.» Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat die Sache nicht prüfe. Wenn die Regierung ihre Aufsichtspflicht vernachlässige, müsse das die GPK untersuchen, sagt Roth-Bernasconi. CATHRINE BOSS, MARTIN STOLL, PASCAL TISCHHAUSER

«Mir fehlt das Vertrauen in die AKW-Aufsicht»

CVP-Chef **Darbellay** über den Interessenkonflikt des Ensi-Chefs und die intransparente Überprüfung

Die Unabhängigkeit der Aufsicht der AKW-Prüfer steht in der Kritik. Sie fordern schärfere Regeln.

Ich verlange mit einem politischen Vorstoss klare Kriterien für deren Unabhängigkeit. Dazu gehört, dass die Mitglieder des AKW-Aufsichtsrates alle ihre Mandate offenlegen müssen. Sie dürfen in keinem Interessenkonflikt stehen mit privaten Mandaten und Funktionen.

Chefprüfer Peter Hufschmied hatte bis vor kurzem ein Beratermandat von einer BKW-Tochter. Muss er gehen?

Hufschmied darf keine solchen Mandate haben, sonst muss er den Rat verlassen.

Trauen Sie unter diesen Umständen einem Entscheid über die AKW-Sicherheit?

Darbellay: «Das akzeptiere ich nicht»

Solange die Unabhängigkeit des Ensi-Rates infrage gestellt ist und Kriterien für die Prüfmethode unter Verschluss bleiben, fehlt mir das Vertrauen. Nach Fukushima und den vielen Lügen der AKW-Betreiber in Japan herrscht ein weitverbreitetes Misstrauen gegenüber den Akteuren der Kernenergiebranche. Es gilt, das Vertrauen wiederherzustellen.

Transparenz – aber wie? Das Ensi und die AKW-Betreiber gaben bisher kaum Daten preis, die Sicherheitschecks laufen ohne Experten von aussen ab.

Sicher müssen Informationen, die Terroristen missbrauchen könnten, geheim gehalten werden. Aber alles andere muss einsehbar sein. Eine Überprüfung im stillen Kämmerlein ist eine Blackbox – das akzeptiere ich nicht.

INTERVIEW: CATHRINE BOSS

